

Wir drucken zwei Aufrufe zu einem bundesweiten Aktionstag der Friedensbewegung am 05.12.20 und die Einladung zum 27. Kasseler Friedensratschlag am 06.12.20 nach und kommentieren sie.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 094/20 – 02.12.20

**Zu den Aufrufen "Frankfurter Appell" und "Am 5. Dezember auf die Straße" und zum
27. Friedensratschlag 2020 am 6.12.20**

Erklärung der „Initiative abrüsten statt aufrüsten“



FRANKFURTER APPELL



ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN – NEUE ENTSPANNUNGSPOLITIK JETZT!

(<https://www.friedenskooperative.de/sites/default/files/datei/aktionstag-fuer-abruestung-am-5-dezember-geplant-3825.pdf>)

Das Gespenst des Kalten Krieges ist zurück. Die Welt steht am Rande des Friedens, denn sie wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Das Krebsgeschwür des Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.

Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert. Die weltweiten Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; allein auf die zehn Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben entfallen 75 Prozent. Und sie sollen weiter gesteigert werden. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten. Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf. Der Wahnsinn muss gestoppt werden. Andernfalls drohen neue Verteilungskämpfe zulasten sozialer und ökologischer Reformen.

Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärft die Gefahr neuer Kriege und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Die doppelte Gefahr eines Selbstmords der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden, durch die Hochrüstung genauso wie durch die ungelösten sozialen und ökologischen Krisen.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Für eine neue Entspannungspolitik in gesamteuropäischer Perspektive ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig, nicht Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus. Das Friedensprojekt eines zivilen Europas muss nach wie vor zum Vorbild für andere Weltregionen werden. Verantwortung übernehmen heißt deshalb: abrüsten statt aufrüsten.

Im November 1980 wurde der Krefelder Appell vorgestellt, mehr als fünf Millionen Bundesbürger*innen haben ihn unterstützt. Damals lehnte die Friedensbewegung die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Das fordern wir auch heute. In erster Linie wenden wir uns gegen das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ziele auszugeben.

Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport an Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muss schnellstmöglich beendet werden. Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation, in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen.

Wir rufen auf zum bundesweiten Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020. Mitmachen!

Arbeitsausschuss der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“

Reiner Braun (International Peace Bureau), Barbara Dieckmann (Welthungerhilfe), Thomas Fischer (DGB), Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative), Christoph von Lieven (Greenpeace), Michael Müller (Naturfreunde, Staatssekretär a. D.), Willi van Ooyen (Friedensratschlag), Miriam Rapior (BUNDjugend, Fridays for Futures), Uwe Wötzel (Ver.di), Thomas Würdinger (IG Metall), Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat).

Frankfurt, den 11. Oktober 2020 www.abruesten.jetzt

In Veröffentlichungen dieser Initiative ist als Impressum (s. <https://abruesten.jetzt/impressum/>) angegeben:

Inhaltlich Verantwortliche gemäß § 55 Abs. 2 RStV
Reiner Braun
Marienstr. 19/20
10117 Berlin

Kontakt
info@abruesten.jetzt

Redaktionelle Bearbeitung
Reiner Braun, Kristine Karch, Nils Biermann

Webmaster
kristine.karch@abruesten.jetzt

Dieser erste Aufruf zu einem "Bundesweiten Aktionstag für Abrüstung und neue Entspannungspolitik am 05.12.20" scheint wenig Beachtung gefunden zu haben, sonst hätte man nicht den zweiten, nachfolgend abgedruckten Aufruf zu einem bundesweiten Aktionstag "Friedensbewegung fordert Abrüsten statt Aufrüsten" nachschieben müssen, der ebenfalls am 05.12.20 stattfinden soll,

Bundesausschuss
Friedensratschlag



Bundeshaushalt 2021 mit höheren Rüstungsausgaben?
Friedensbewegung fordert: Abrüsten statt Aufrüsten
Bundesweiter Aktionstag am 5.12.2020

(<http://koop-frieden.de/artikel-erstellen/friedensbewegung-fordert-abruesten-statt-aufruesten-bundesweiter-aktionstag-am> und <https://www.friedensratschlag.de/>)

In der Woche ab dem 7.12.2020 soll der Bundeshaushalt für 2021 verabschiedet werden. Geplant ist, dass der „Verteidigungshaushalt“ erneut um 2,6% steigen soll. Damit drohen Ausgaben von 50 Milliarden Euro für Rüstung!

Dabei brauchen wir jeden Euro für Investitionen im Sozialen, der Gesundheit, der Umwelt, der Wissenschaft und für Bildung! Eine konsequente Abrüstung setzt diese Mittel frei!

Abrüstung tut auch für die internationale Lage not. Weltweit erreichen die Militärausgaben neue Rekordhöhen, ein neuer Rüstungswettkampf ist in vollem Gange. Zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle sind aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert und ihr Einsatz wird geübt. Deutschland gehört seit Jahren zu den Top 5 der größten Waffenexporteure der Welt.

Deshalb rufen wir dazu auf, am Samstag den 5. Dezember 2020 an vielen Orten in unserem Land gegen eine weitere Aufrüstung zu demonstrieren.

Rüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Militarismus verschärft die ungelösten sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen, die die menschliche Zivilisation bedrohen.

Wir wollen einen Prozess des politischen Dialogs und der Verhandlungen. Wir fordern ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung sowie ein generelles Verbot von Rüstungsexporten. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten! Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgerüstet werden. Ihre kriegerischen Auslandseinsätze müssen beendet werden.

Um umfassenden und nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist unsere Welt auf Gegenseitigkeit angewiesen. Für weltweite Waffenstillstände, wie sie die UNO fordert, und eine neue Entspannungspolitik, die wir anstreben, ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig. Nicht aber Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus.

Diese Einsichten wollen wir in unserer Gesellschaft verbreiten. Deswegen der bundesweite Aktionstag für Abrüstung und eine neue Entspannungspolitik, zu dem wir gemeinsam aufrufen. Macht mit beim bundesweiten Aktionstag am 5.12.2020. Setzen wir uns gemeinsam für Frieden und Abrüstung ein.

Weitere Infos unter <https://abruesten.jetzt/2020/11/gemeinsamer-aufruf-bundesausschuss-friedensratschlag-und-kooperation-fuer-der-frieden/>

Über den Aufrufer **Bundesausschuss Friedensratschlag** (s. <https://www.friedensratschlag.de/>), ist unter der Rubrik "Wer wir sind" (s. https://www.friedensratschlag.de/?Wer_wir_sind:Bundesausschuss_Friedensratschlag) zu lesen:

"Der Bundesausschuss Friedensratschlag mit Sitz in Kassel ist der personell offene deutschlandweite Zusammenschluss von friedenspolitisch engagierten Menschen. Er erarbeitet in regelmäßig stattfindenden Zusammenkünften seine aktuelle Politik: Frieden ohne Wenn und Aber, nichtmilitärische Lösungsvorschläge, Antifaschismus, Demokratie und solidarische internationale Zusammenarbeit. Das Fundament unserer Arbeit sind die zahlreichen lokalen Friedensgruppen und Initiativen.

Die Arbeitsweise des Friedensratschlags ist offen und unbürokratisch und lädt zum Mitmachen ein. Das geschieht besonders im Rahmen von Aktionskonferenzen, Sommerakademien, bei der Erarbeitung der jährlichen friedenspolitischen Schwerpunkte und aktueller Stellungnahmen."

Zu erreichen ist der Bundesausschuss Friedensratschlag über die **Kontaktadresse** (s. https://www.friedensratschlag.de/?Kontakt_%2F_Impressum)

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
E-Mail: bundesausschuss@friedensratschlag.de

Als **Impressum** für Veröffentlichungen ist angegeben

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
60329 Frankfurt a.M.
www.frieden-und-zukunft.de

Inhaltlich verantwortlich für die Website: Karl-Heinz Peil
eMail: admin@friedensratschlag.de oder Kontaktformular

Der Bundesausschuss Friedensratschlag wird von einem **Sprecherkreis** repräsentiert, dem 2014 folgende Personen angehörten:

Lühr Henken, Berlin
Willi van Ooyen, Frankfurt a.M.
Anne Rieger, Graz
Bärbel Schindler-Saefkow, Berlin und der inzwischen verstorbene
Peter Strutynski, Kassel

Nachzulesen ist das unter http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/Flyer_Friedensratschlag_web.pdf.

Der Aufrufer **Kooperation für den Frieden** (s. <http://www.koop-frieden.de/>), ist

"ein Zusammenschluss von mehr als 50 Initiativen und Organisationen (s. <http://www.koop-frieden.de/mitwirkende>) aus der Friedensbewegung.

Seit 2003 setzt sie sich dafür ein, dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut werden."

Als **Kontaktadresse** (s. <http://www.koop-frieden.de/kontakt>) ist angegeben:

Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88, 53111 Bonn
eMail: info@koop-frieden.de

Als **SprecherInnen der Kooperation für den Frieden** werden genannt:

Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative),
(s. <https://www.friedenskooperative.de/>)
Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)
Jens-Peter Steffen (IPPNW)

Unser Kommentar

Aus Angaben über die Aufrufer ist ersichtlich, dass an beiden Aufrufen der gleiche Personenkreis maßgeblich beteiligt ist, der auch die Erklärung "Kernforderungen zum Frieden und gegen den Krieg" in Umlauf gebracht hat, mit der wir uns bereits in der LUFTPOST 083/20 befasst haben, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08320_071020.pdf aufzurufen ist.

Dieser "Frankfurter Appell", der übrigens namensgleich mit mehreren früheren Appellen ist (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Frankfurter_Appell), enthält außer einer ganzen Reihe seit Jahren wirkungslos verpuffender Forderungen auch seltsam anmutende Formulierungen und Leerformeln, wie zum Beispiel:

"Die Welt steht am Rande des Friedens." – Steht sie nicht eher am Rande eines Atomkrieges?

"Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind." – Was soll das heißen?

"Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden aufgekündigt." – Von wem?

"Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen." – Ist damit Kooperation gemeint?

"Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen." – Wie und gegen wen?

"Wir rufen auf zum bundesweiten Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020. Mitmachen!" – Wer soll mitmachen und wen zu Abrüstung und Entspannungspolitik auffordern? An wen ist dieser Appell gerichtet?

Im Aufruf "Friedensbewegung fordert: Abrüsten statt Aufrüsten" ist u.a. zu lesen:

"In der Woche ab dem 7.12.2020 soll der Bundeshaushalt für 2021 verabschiedet werden. Geplant ist, dass der „Verteidigungshaushalt“ erneut um 2,6% steigen soll. Damit drohen Ausgaben von 50 Milliarden Euro für Rüstung! ...

Deshalb rufen wir dazu auf, am Samstag den 5. Dezember 2020 an vielen Orten in unserem Land gegen eine weitere Aufrüstung zu demonstrieren."

Sollen sich die Demonstrationen gegen die Bundesregierung, die den erhöhten Rüstungshaushalt vorlegt, oder gegen die Parteien im Bundestag richten, die ihn beschließen werden? Und wer soll sich beim derzeitigen desolaten Zustand der deutschen Friedensbewegung unter diesen abgedroschenen vagen Forderungen daran beteiligen?

Wie schon in der Erklärung "Kernforderungen zum Frieden und gegen den Krieg" fehlen auch in den zwei Aufrufen die beiden zentralen Forderungen:

Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und Austritt aus der NATO, also "NATO Raus – raus aus der NATO". (s. <http://www.natoraus.de/>)

Dazu konnte sich der Personenkreis, der den Anspruch erhebt, die "Mitte der Friedensbewegung" zu repräsentieren, wieder nicht durchringen.

Wenden wir uns nun der Einladung des bereits auf S.4 dieser LUFTPOST vorgestellten Bundesausschusses Friedensratschlag zum "Digitalen Friedensratschlag am 6.12.2010" zu.

Digitaler Friedensratschlag am 6.12.2020

Weltkriegsgefahren entgegnetreten - Wandel zum Frieden einleiten!

- Keine neuen Atombomber - alle Nuklearwaffen abrüsten
- Killerdrohnen verhindern und Rüstungsexporte verbieten
- - Abrüstung und Konversion für Klimaschutz, Gesundheit und soziale Wohlfahrt



(<https://www.friedensratschlag.de/> und <https://www.friedensratschlag-digital.de/>)

Der 27. Friedensratschlag wird aufgrund der Corona-Situation dieses Jahr digital stattfinden. Das Programm, die Anmeldung und die Einwahldaten finden sich unter <https://www.friedensratschlag-digital.de/> . Die Ausstrahlung erfolgt am 6. Dezember über den Offenen Kanal Kassel und YouTube. Es werden zusätzlich Diskussionen über Zoom ermöglicht. Ein vorläufiges Programm befindet sich auf den nachfolgenden Seiten.

Veranstaltet von: Bundesausschuss Friedensratschlag, Kasseler Friedensforum, den Fachgebieten Didaktik der politischen Bildung sowie Politik und Globalisierung an der Universität Kassel. Mit freundlicher Unterstützung vom Offenen Kanal Kassel. Die Veranstaltungsteilnahme ist frei, wir bitten dennoch für die Planbarkeit um Anmeldung unter <https://www.friedensratschlag-digital.de/> . Spenden zugunsten des Friedensratschlags: Kontoinhaber: Kasseler Forum für den Frieden e.V. IBAN: DE77 5205 0353 0217 0012 32 - BIC: HELADEF1KAS

Zur Einführung: In diesem Jahr ist der Ratschlag besonders wichtig. Kurz nach den Wahlen in den USA und im Vorfeld der Bundestagswahl stehen wichtige Entscheidungen an,

die unser Leben, ja das Überleben bestimmen. Der NEW START-Vertrag zwischen den USA und Russland, der die strategischen Nuklearwaffen begrenzt und gegenseitig kontrolliert, droht am 5. Februar 2021 auszulaufen – ein neues atomares Wettrüsten wäre die Folge. CDU/CSU und FDP wollen auf Jahrzehnte hinaus die deutsche Luftwaffe mit 30 Atombombern sowie 15 sie begleitende Kampffjets aus den USA erneuern, um damit US-Atombomben präzise gegen unterirdisch verbunkerte Ziele in Russland lenken zu können. Das erhöht nicht nur die Spannungen in Europa, sondern die Gefahr eines Atomkriegs. Da die Entscheidung darüber erst nach der Bundestagswahl 2021 fällt, muss das von uns zu dem Thema des Wahlkampfes gemacht werden. Außerdem droht die Einführung von Killerdrohnen für die Bundeswehr, erhöhen NATO-Kriegsmanöver und der Ausbau von Stützpunkten entlang der Westgrenzen Russlands die Spannungen und der Rüstungshaushalt steigt selbst in Zeiten von Corona kräftig an. Geht es nach Kramp-Karrenbauer droht Anfang der 30er Jahre seine Verdopplung auf 100 Milliarden Euro jährlich.

Die Milliarden müssen dagegen in eine gute Gesundheitsversorgung, öffentliche Daseinsvorsorge und den Umweltschutz investiert werden. Rüstungskonversion und eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft unter Mitwirkung der Beschäftigten stehen auf der Tagesordnung.

Die globale Krise zeigt: Wir brauchen nicht mehr Konkurrenz und nationalen Egoismus, sondern internationale Solidarität! Es ist höchste Zeit, unsere Kräfte gegen den Rüstungswahnsinn und für die Verbesserungen der Lebensbedingungen zu bündeln.

Wir laden Mitstreiter*innen, Bündnispartner*innen und neue Interessierte zur Verständigung ein, wie wir die vielfältigen sozialen Bewegungen und das Eintreten für den Frieden zusammenbringen und stärken können.

Das Programm des 27. Friedensratschlages

Weltkriegsgefahren entgegnetreten – Wandel zum Frieden einleiten!

06.12.2020 von 11.00 bis 19.00 h Übertragung über Zoom und den Offenen Kanal

Am Sonntag, den 6. Dezember, 11.00-18.30 Uhr, im Studio und online

(<https://www.friedensratschlag-digital.de/programm/>)

11.00-11.30 Uhr: **Grußwort und musikalischer Beitrag von Konstantin Wecker und Einleitung** (Prof. Dr. Klaus Moegling, Universität Kassel)

11.30-12.30 Uhr: **Drei Referate á 20 Minuten** im Studio des Offenen Kanals in Kassel

Krise und Krieg

Barbara Heller (Bremer Friedensforum)

Atombomber, atomare und konventionelle Aufrüstung... Aufwachen!

Lühr Henken (Friko Berlin/Bundesausschuss Friedensratschlag) -

Gute Nachbarschaft als Bedingung für Frieden mit Russland

Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler)

12.45-13.30 Uhr: **Arbeitsgruppen zu den Referaten** (Diskussion mit dem Publikum über Zoom)

A1: Diskussion Barbara Heller – A2: Diskussion Lühr Henken – A3: Disk. Norman Paech

13.30-14.00 Uhr: **Musikalischer Beitrag von Konstantin Wecker**, danach Pause

14.00-15.00 Uhr: **Parallele Arbeitsgruppen zu Abrüstungsperspektiven** über Zoom

B1: Rüstungskonversion und nachhaltige Industrieproduktion
Anne Rieger (Bundesausschuss Friedensratschlag)

B2: Ohne Frieden kippt das Klima
Bernhard Trautvetter (Essener Friedensforum) und Josefina Pöpperl (Fridays for Future)

B3: Abrüsten statt Aufrüsten – neue Impulse für Abrüstung entwickeln
Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag) und Christoph von Lieven (Greenpeace)

15.15.-16.15 Uhr: **Parallele Arbeitsgruppen zu Abrüstungsaktivitäten** über Zoom

B4: Rüstungskontrolle am Wendepunkt? Gefahren und Chancen für nukleare Abrüstung
Regina Hagen (atomwaffenfrei.jetzt)

B5: Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr
Marius Pletsch (IMI, Bundessprecher*innenkreis DFG-VK)

B6: Rüstungsexporte stoppen.
Volksinitiative gegen Rüstungsexporte aus dem Hamburger Hafen

16.15.-16.45 Uhr: Pause

16.45: **Gewerkschaften für Frieden und Abrüstung**
Frank Werneke (ver.di-Vorsitzender)

17.00-18.00 Uhr: **Weltkriegsgefahren entgegentreten - Wandel zum Frieden einleiten!**
(Podiumsdiskussion im Offenen Kanal und Livestream)
mit Lühr Henken (Friko Berlin, Bundesausschuss Friedensratschlag), Christoph von Lieven (Greenpeace), Christof Ostheimer (ver.di-Bezirksvorsitzender Südholstein), Josefina Pöpperl (Fridays for Future), Johanna Zimmermann/Axel Richter/Martin Dolzer (Volksinitiative gegen Rüstungsexporte Hamburg).

18.00-18.30 Uhr: **Schlusswort mit Perspektiven und Verabredungen** (Klaus Moegling) sowie musikalischer Ausklang mit Konstantin Wecker

Unser Kommentar

In dem Abschnitt "Zur Einführung" werden aktuelle Probleme, wie das drohende Auslaufen des New-START-Vertrages, der geplante Ankauf veralteter atomwaffenfähiger US-Kampffjets und bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, der Ausbau von US- und NATO-Stützpunkten entlang der russischen Westgrenze und die drastische Erhöhung der Rüstungsausgaben angerissen.

Es fehlen aber andere wichtige Themen, zum Beispiel der Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_19/LP08819_090819.pdf), der Raketenabwehrschild der USA und der NATO (s. <http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/>)

[LP_16/LP14117_010917.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14117_010917.pdf)), die NATO-Battlegroups in osteuropäischen Staaten (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09917_180617.pdf), die zahlreichen Manöver an der Ostgrenze der NATO (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP07820_230920.pdf) und die Angebote des russischen Präsidenten Putin zum Abbau der Spannungen zwischen Russland und den USA bzw. der NATO (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP09020_061120.pdf).

Die Themen der drei 20-Minuten-Referate sind so allgemein gehalten, dass sie keine Rückschlüsse auf konkrete Forderungen zulassen.

Von den sechs "Arbeitsgruppen zu Abrüstungsaktivitäten" könnte nur die Gruppe B2 "Ohne Frieden kippt das Klima" neue Impulse setzen und wegen der Teilnahme einer Vertreterin von Fridays for Future auch junge Menschen anlocken.

In den fünf anderen AGs werden mit Ausnahme des ablenkenden Randproblems "Kampfdrohnen für die Bundeswehr" nur Themen behandelt, mit denen sich die Teilnehmer des "Veteranentreffs Friedensratschlag" schon seit Jahrzehnten beschäftigen.

Lühr Henken und Willi van Ooyen, die beide zum Sprecherkreis des Bundesausschusses Friedensratschlag gehören, und Karl Heinz Peil, der sein Webmaster ist, wirken als Referent, Arbeitskreisleiter oder "Influencer" am Friedensratschlag 2020 mit und dürften auch bei der Festlegung seines Programmes eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Willi van Ooyen und Karl Heinz Peil haben bereits die Erklärung "Kernforderungen zum Frieden und gegen den Krieg" (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08320_071020.pdf) unterzeichnet, die auch Lühr Henken unterstützen dürfte.

Das erklärt, warum sich auch der Friedensratschlag nicht mit den beiden zentralen Forderungen "Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und Austritt aus der NATO" (s. dazu auch <http://www.natoraus.de/>) beschäftigt, die alle Friedensbewegten unterstützen müssten, die wirklich helfen wollen, den Frieden in Europa und der Welt längerfristig zu sichern.

Relativ wenige Personen, die alle in dieser LUFTPOST vorkommen, legen also in internen Absprachen die Themen fest, mit denen sich ihrer Meinung nach die noch aktiven Teile der deutschen Friedensbewegung zu beschäftigen haben, und bestimmen damit auch die einzuschlagende Richtung. Damit sorgen sie dafür, dass die weitgehend gelähmte "Friedensbewegung" so orientierungslos, verunsichert, zersplittert, zerstritten und wirkungslos bleibt, wie sie derzeit ist. Warum tun sie das?

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern